

Macht Geld!

Von MARC ENGELHARDT

Bei Geberkonferenzen betteln Helfer um Geld für die Ärmsten. Das ist ihrer Arbeit unwürdig, auch wenn die Gipfel durchaus Chancen bieten.



Staats- und Regierungschefs, die eine lange Reihe von Flaggen entlangmarschieren, dann innehalten vor raumhohen Monitoren, auf denen Appelle besorgter Notleidender und schließlich die Zusagen der Geber zu sehen sind. Für jeden von ihnen gibt es Applaus und viel Rampenlicht. Selten sind Gebergipfel so pompös wie der für Syrien im Golfemirat Kuwait, der in einem in Gold getauchten Saal stattfand. Doch auch in weniger luxuriösem Ambiente ist das Prinzip stets das gleiche: UN- und Hilfsorganisationen werben darum, helfen zu dürfen. Und die Geber antworten mit Versprechen, die sich in konkreten Summen ausdrücken. Der Bedarf an solchen Versprechen ist groß. Zu Jahrzehnte währenden Dauerkrisen kommen immer wieder neue hinzu. Darüber, welche Not mehr, welche weniger gelindert wird, entscheidet auch die Inszenierung der Geberkonferenzen. Je größer die öffentliche Aufmerksamkeit, desto größer sind die Versprechen, die vor laufenden Kameras gemacht werden. „Die Geber richten sich in einem hohen Maße nach dem öffentlichen Interesse, und die Krise in Syrien und an den Fluchtrouten bekommen viel Aufmerksamkeit“, weiß William Spindler, Sprecher beim UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. „In andere Krisenherde, die weniger bekannt sind, fließt dagegen kaum Unterstützung: Vor allem in Afrika sind manche Aufrufe zu weniger als einem Siebtel finanziert, weil die Krisen dort von den Medien und den Menschen vergessen werden.“

Eine Krise, die in diesem Jahr auf eine besonders erfolgreiche Geberkonferenz angewiesen sein wird, ist die in der Demokratischen Republik Kongo. Zu der seit Jahrzehnten volatilen Lage im Osten des Landes kommen die Kämpfe in den Kasai-Provinzen und die Unruhen, mit denen im Wahljahr 2018 zu rechnen ist. UN-Nothilfekoordinator Mark Lowcock glaubt, dass der Kongo neben Syrien und dem Jemen zu den größten Notlagen im laufenden Jahr gehören wird. Die Zahl der

Hilfsbedürftigen schätzt er auf mehr als 13 Millionen, den Finanzbedarf auf knapp 1,7 Milliarden US-Dollar – das ist mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr. Und nicht nur Lowcock weiß, dass dafür eine dramatische Ankündigung vor einem halbvollen Pressesaal im Genfer Völkerbundpalast nicht ausreicht. „Die Geberkonferenzen geben uns die Chance zu zeigen, wie dringend Hilfe in einem bestimmten Land gebraucht wird“, erklärt Gareth Price-Jones, der für CARE International die humanitäre politische Arbeit betreut. Das sei die positive Seite der Gipfelmanie. „Eine Geberkonferenz schafft Publicity für eine humanitäre Notlage, nicht nur bei den Gebern, auch in der Öffentlichkeit.“

Deshalb beginnt die Vorbereitung schon Monate vorher, auch für den Briten, der selbst 15 Jahre im Feld verbracht hat. Die öffentlichen Geberkonferenzen sind nicht nur für Geber, sondern auch für Helfer wie CARE eine Plattform. Mit Videos und Bildern, der Dokumentation von Schicksalen oder den Stimmen der Betroffenen beeinflussen sie maßgeblich, wieviel Aufmerksamkeit eine Krise bekommt. „Viele Diplomaten hier in Genf sind auf unserer Seite, sie wissen, wie wichtig die Hilfe ist“, betont Price-Jones. „Aber auch sie brauchen Material und gute politische Argumente, um ihre Außenminister, ihre Finanzminister, ihre Regierungschefs überzeugen zu können.“ Und so nutzen humanitäre Helfer auf den Gebergipfeln die Macht der Bilder und Stimmen, um für mehr Unterstützung zu werben.

Die wahre Macht liegt allerdings bei den Gebern. Denn selbst wenn sie unter öffentlichem Druck hohe Zusagen machen und dafür bei den Gipfeltreffen gefeiert werden, liegt es allein an ihnen, ob sie die Versprechen wirklich einhalten. Zwingen kann sie niemand, denn Hilfen sind freiwillig. Und Zahlen kompliziert. Wieviel die Versprechen von Gebern auf den Gipfeln wert sind, lässt sich erst im Nachhinein sagen, und selbst dann ist es schwer. Für Syrien und die umliegenden Staaten wurden für 2017 insgesamt 8,9 Milliarden Dollar als Bedarf veranschlagt. Bei einer Geberkonferenz in Brüssel Anfang des Jahres sagten 41 Geberländer sechs Milliarden Dollar zu, „sowohl umgehend als auch langfristig“. Neun Monate später standen diesen Versprechen, im

Fachjargon pledged genannt, 88 Prozent contributions, also gezahlte Beiträge, gegenüber. Doch das bedeutet nicht etwa, dass die Hilfen bereits angekommen wären, denn contributions sind ein irreführender Sammelbegriff.

Wirklich geflossen war nicht einmal die Hälfte, nämlich nur 37 Prozent der versprochenen Hilfen. Der Rest war entweder „contracted“, also zumindest mit einem verbindlichen Vertrag unterfüttert oder „committed“, wozu ein Plan oder irgendeine schriftliche Zusage zählt. Und ein guter Teil, im Falle Deutschlands immerhin 117 Millionen US-Dollar, schlicht ungewiss. Dabei war Deutschland 2017 nicht nur nach den USA der global zweitgrößte Geber, sondern gilt auch als sehr zuverlässig. Andere zahlen noch später, in Naturalien oder gar nicht. Immer wieder versprechen Geber zudem bereits versprochenes Geld noch einmal. Wieviel „frisches“ Geld bei den Geberkonferenzen rumkommt, ist eine der schwierigsten Knobelaufgaben für die Helfer. Das Welternährungsprogramm der UN, kurz WFP, einer der größten Hilfsempfänger überhaupt, nimmt deshalb die Ergebnisse der Geberkonferenzen nur noch beiläufig zur Kenntnis. „Unsere Planungsgrundlage sind die Ergebnisse dessen, was uns individuell im Gespräch mit Vertretern bestimmter Länder versprochen wird, das ist verlässlicher“, sagt Rasmus Egendal, der in der WFP-Zentrale für die Geberkontakte zuständig ist.

Sein Problem ist das gleiche, das auch alle anderen Helfer haben: Wenn die Hilfsorganisationen am Ende leer ausgehen, sind keine Kameras vor Ort. Selbst laute Kritik ist schwierig. Niemand beißt die Hand, die ihm Geld reicht, egal wie viel davon tatsächlich kommt. Schließlich ist nach der Geberkonferenz immer auch vor der nächsten. Als „vielleicht bestangezogene Bettler“ beschreibt deshalb WFP-Chefsprecherin Bettina Lüscher ihre Kollegen. Das beschreibt die Unwürdigkeit der Situation, denn Verzögerungen oder Ausfälle haben für die Hilfsempfänger oft schlimme Folgen. „Das ist schon eine schwierige Lage, wenn man einer Mutter sagen muss: Du kriegst nicht mehr 28 Dollar im Monat pro Person, die Dir eigentlich zustehen, sondern wir müssen das kürzen.“ Viele Flüchtlinge nagen am Hungertuch, für Schulen oder Arbeitsprogramme fehlt das Geld oft ganz. Der